



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2.831-33

Fernschreiber 0830 890

P/XV/186 - 17. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Das Ministerium der Kommentatoren

70

Ein kritisches Wort über die Schriftsteller im  
Bundeswohnungsbauministerium

Von Karl Wittrock, MdB

5

Genug "interpretiert"!

43

Nochmals: Paris-Bonn und die Oder-Weisse-Linie

4 - 4a

Soziale Unruhe in England

73

Wilder Seemannsstreik ist nur ein Symptom

Von unserem E. A.-Korrespondenten in London

5

CDU-Geschenke?

35

Offener Brief an Bundesfinanzminister Dr. Etzel

6 - 7

Sozialdemokraten in der Verantwortung

Aufbauleistungen in deutschen Städten

Rhevdät - eine Stadt, die "blüht und schafft"!

67

Von Ulrich Labbé

\* \* \*

\* \* \*

Das Ministerium der Kommentatoren

Ein kritisches Wort über die Schriftsteller im  
Bundeswohnungsbauministerium

Von Karl Wittrock, MdB

Eine beträchtliche Zahl hoher Ministerialbeamter des Bundesministeriums für Wohnungsbau hat arbeitsreiche Wochen hinter sich. Es galt, den Lückeplan - das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein angeblich soziales Miet- und Wohnrecht - der interessierten Öffentlichkeit zu erläutern. Es ist beachtenswert und gewiß auch aufschlußreich, wie viele hohen Ministerialbeamten die allgemeine Verwirrung und Unsicherheit über dieses Gesetz willkommenen Anlaß war, kommentierend und einträglich zu schriftstellern.

Da ist zunächst der Ministerialrat Dr. Fergande, aus dessen Feder ein "Ratgeber für Vermieter und Mieter" stammt, "Der Verfasser des Ratgebers war als zuständiger Abteilungsleiter im Bundeswohnungsbauministerium an den Gesetzgebungsarbeiten maßgeblich beteiligt", so meint werbend der Bonner Verlag, in dem dieser "maßgebende Leitfaden zur rechten Zeit" erscheint. Wer wollte sich diesem Hinweis entziehen können?

Mit dem Ministerialrat konkurriert der Oberregierungsrat Dr. Erich Fiedler aus dem gleichen Ministerium. Allerdings hat der Oberregierungsrat seine Arbeit sehr gründlich gemacht, wenigstens was den Umfang seines Kommentares anbelangt. Trotz des intensiven Laufes der Gesetzgebungsmühlen ist es ihm gelungen, den Kommentar auf 450 Seiten anschwellen zu lassen und obendrein noch das Erscheinen zum gleichen Zeitpunkt sicherzustellen, zu dem das Gesetz in Kraft getreten ist. Selbstverständlich wird der Beamte ebenso wie seine schriftstellenden Kollegen versichern, daß er seine Pflichten gegenüber seinen Dienstherrn nebenbei und voll erfüllt hat.

Fast ebenso fix ist Herr Dr. Dr. E. Walter aus dem gleichen Ministerium, wenn auch sein Kommentar nicht in gleichen Maße umfangreich geworden ist. Werbend sagt über ihn und seinen Leitfaden der Verlag: "Anschaulich und frei von theoretischem Beiwerk erläutert hier ein mit dem Lückeplan und der gesetzlichen Neuregelung in allen Einzelheiten

vertrauter Fachkennner aus dem Bundesministerium für Wohnungsbau die neuen Bestimmungen." Wer sich hierdurch nicht überzeugen läßt, den beeindruckt vielleicht der für Massenbestellung zugesicherte Mengenrabatt, und wenn das noch nicht zieht, dann ist es gewiß das Vorwort des Herrn Bundesministers für Wohnungsbau persönlich.

Aber damit ist der Kreis der schriftstellerisch tätigen Herren aus dem Bundeswohnungsbauministerium keineswegs geschlossen. Es reiht sich noch ein der Ministerialrat Hanns Peters, der einem in Köln erscheinenden Kommentar durch seine Einleitung den letzten Pfiff geben will. Werband meint hierzu der Verlag: "Der große Überblick in der Einleitung wird von einem bestens unterrichteten Ministerialbeamten gegeben, der ständig mit der Entwicklung des Gesetzgebungswerkes befaßt war."

Schließlich erscheint jetzt in diesen Tagen noch ein Kommentar, um dessen auf 300 bis 350 Seiten bemessenen Umfang sich in Vereine mit einem Kollegen aus dem Bundeswirtschaftsministerium die Herren Oberregierungsrat Dr. Herbert Schade und Oberregierungsrat Hans-Georg Schubart aus dem Wohnungsbauministerium als Verfasser bemüht haben. "Diese Herren haben auf Grund ihrer Dienststellung an dem Gesetz mitgewirkt und bieten nicht nur jetzt, sondern auch bei der laufenden Fortführung des Kommentars Gewähr für eine gründliche, zuverlässige und prompte Bearbeitung." Es handelt sich also um einen Dauerauftrag, dessen fortwirkende Ergiebigkeit die Lücken des Lücke-Gesetzes gewährleisten.

Leuchtet es nicht ein, daß bei dieser intensiven Beanspruchung der in Betracht kommenden Herren des Ministeriums die an alle Haushaltungen verteilte amtliche Erläuterungsbroschüre an Driftigkeit kaum zu überbieten ist? Bei den vielfältigen Verpflichtungen der Beamten sind bei einem notwendigen Umfang der Broschüre von 16 Seiten nach Abzug der unbedruckten Seiten, der Bildseite mit dem Kopf des Ministers und der recht allgemein gehaltenen Einleitung ganze 11 Seiten mit lückenhaften Erläuterungen bedruckt. Man möchte fast annehmen, die Verfasser hätten im Stillen gedacht, wer mehr wissen wolle, solle einen der Kommentare kaufen.

Ob nicht die weitgehenden außerdienstlichen Verpflichtungen der Herren des Bundeswohnungsbauministeriums ein Grund dafür sind, daß die wichtige Rechtsverordnung über die Regelung der Mietbeihilfen nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnte? Es würde gewiß weite Teile der Öffentlichkeit interessieren, ob die Bundesregierung meint, dies alles entspreche einer guten Ordnung.

Genug "interpretiert"!

Nochmals: Paris-Bonn und die Oder/Weisse-Linie

Sp - Die französische Antwortnote an die polnische Regierung zur Frage der Oder/Weisse-Linie ist - in Gegensatz zu den amerikanischen und englischen Noten - noch nicht veröffentlicht worden. Erklärungen der Bundesregierung, die sich mit entsprechenden Hinweisen des Sozialdemokratischen Pressedienstes vom 16. August 1960 befassten, sind lediglich Interpretationen zur offiziellen französischen Auffassung, keinesfalls aber konkrete Hinweise auf einen vorliegenden Text. Die Tatsache, dass die französische Regierung bis zur Stunde den Text der an die polnische Regierung gerichteten Note nicht veröffentlicht hat, verpflichtet die Bundesregierung, - wie wir es bereits gestern forderten - auf diplomatischem Wege in Paris eine völlige Klärung dieser Angelegenheit zu erreichen.

Wir kennen nicht die Gründe, die man in Paris für die Nichtveröffentlichung der Note angibt. Umso mehr müsste die Bundesregierung daran interessiert sein, jeden durch das französische Schweigen entstandenen Zweifel auszuräumen. Wie bereits in diesem Pressedienst betont wurde, soll - nach Aussagen Dr. Adenauers - das Verhältnis zwischen Bonn und Paris so gut sein, dass in den grossen europäischen Fragen keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen. Wenn das zutrifft, ist es noch weniger erklärlich, dass die seit über einem Jahre schwebende Frage nicht durch die Veröffentlichung des Textes der französischen Note an die polnische Regierung aus der Welt geschafft wird. Wir wollen aber keine "Interpretationen" mehr, sondern den Wortlaut der Note.

Es ist sicher kein Zufall, dass der FDP-Vorsitzende Dr. Erich Mende gestern in einem Brief an den Vorsitzenden des Ausschusspolitischen Bundestagsausschusses, Dr. Hermann Kopf (CDU), die Forderung erhoben hat, man solle den Ausschuss zu einer Sonder Sitzung einberufen, um wenigstens die Ausschussmitglieder gewissenshaft über den ganzen Komplex der in den letzten Wochen zwischen Dr. Adenauer, Staatspräsident de Gaulle und Ministerpräsident Macmillan erörterten Europa-Probleme zu unterrichten. Hierzu käme dann noch der bewusste Notenwechsel zwischen Paris und Warschau, der ebenfalls Gegenstand der Unterrichtung sein sollte.

Der Vorschlag Dr. Mendes ist zu begrüssen; er schliesst sich einem ähnlichen Vorschlag an, der vor den Sozialdemokraten bereits nach dem Besuch Dr. Adenauers in Rambouillet gemacht wurde. Ausserdem wäre die Unterrichtung des Ausschusses ein Teil der Erfüllung jener bekannten Forderung der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vom 30. Juni d.J., der man allenthalben das Kennwort "Bestandesaufnahme" gegeben hat. Die Bundesregierung soll und kann sich nicht hinter dem sehr einsamen Willen des Bundeskanzlers verschütten. Es geht bei allen diesen Fragen, die hier angeschnitten wurden, um ernste Probleme der ganzen Nation.

## Soziale Unruhe in England

Von unserem B. A.-Korrespondenten in London

Der wilde Streik der Seeleute beherrscht die Schlagzeilen der britischen Presse. Die "Queen Mary", das grösste Passagierschiff der Welt, konnte ihre Reise nach New York nicht antreten, ihre 1800 Fahrgäste mussten teils auf dem Luftwege, teils in kleineren Schiffen nach Amerika gebracht werden. Der Streik bedeutet besondere Unannehmlichkeiten für die Ferienreisenden. Tausende von Urlaubern konnten nach verbrachten Ferien nicht rechtzeitig von den englischen Kanaliusseln Jersey, Guernsey usw. die Heimfahrt antreten, der Fährverkehr zwischen Harwich und Hook van Holland war zeitweise unterbrochen. Unter diesen Umständen war es verständlich, dass den Streikenden wenig Sympathie in der Öffentlichkeit entgegengebracht wurde. Man zeigte wenig Neigung, die Ursachen des Streiks objektiv zu untersuchen. Hinzu kommt, dass der wilde Streik zwei Tage danach ausbrach, nachdem die Gewerkschaft der Seeleute ein neues Lohnabkommen mit den Unternehmerverbänden abgeschlossen hatte, welches den Seeleuten eine Lohnaufbesserung von 30 DM im Monat und die Anerkennung im Prinzip der 44-Stundenwoche gebracht hatte.

Die Streikkomitees - sie nennen sich die "Reformbewegung der Seeleute" - bestehen auf der ursprünglichen Forderung der Seeleute, Lohnaufbesserung von rund 50 DM im Monat und strikte Durchführung der 44-Stundenwoche. Der Streik begann in Liverpool und breitete sich blitzartig auf weitere 14 Hafenstädte aus, doch hatte er nur einen Teilerfolg, in den ersten drei Tagen wurden 81 Schiffe stillgelegt, aber über 400 andere fuhren fahrplanmässig. Hauptbetroffen ist die Küstenschiffahrt, was bezeichnend ist, denn die Bedingungen dort sind weniger günstig für die Seeleute als in der Hochseeschiffahrt. Nun durchlaufen wilde Streiks in England gewöhnlich zwei deutlich voneinander geschiedene Phasen. In der ersten breiten sie sich aus wie ein Wildfeuer, in der zweiten brechen sie ebenso rasch und mysteriös zusammen, wie sie entstanden waren.

Doch ist der wilde Streik der britischen Seeleute nur eines der vielen Symptome von schwelenden Arbeitsunruhen in Grossbritannien. Bis zum Sonntag war die Londoner U-Bahn durch einen Streik der Elektrizitätsarbeiter bedroht, der am Montag ausbrechen sollte. Am Sonntagabend erreichten die Gewerkschaften der Elektrizitätsarbeiter eine substantielle Lohnerhöhung, die Betriebsvertrauensleute riefen den

angesagten Streik ab. Die Elektriker stellen eins der am besten organisierten und militanten Gewerkschaften dar, die ihre Betriebsvertrauensleute fest in der Hand hat, wodurch wilde Streikausbrüche rasch kontrolliert werden können.

Die Arbeiter der britischen Tabakindustrie drohen mit Betriebsstilllegungen, die von ihrer - nur kleinen - Gewerkschaft von Ort zu Ort und von Betrieb zu Betrieb der Reihe nach organisiert werden sollen. Die Bergleute - eins der größten Gewerkschaften - sind aufgebracht über die soeben zugestandene Lohnhöhung von drei Mark die Woche für die Übertagearbeiter.

Wie ein roter Faden zieht sich durch alle diese Arbeitsunruhen die einfache Forderung, ein Mindestlohn von 120 DM wöchentlich für die niedrigst bezahlten Arbeiterkategorien. Millionen von britischen Arbeitern hatten keine Lohnaufbesserungen seit zwei Jahren. Die Ursache für die Unruhe sind weder "unfähige Gewerkschaften" oder "kommunistische Unruhestifter", unverantwortliche Betriebsvertrauensleute oder dergleichen.

Die wirkliche Ursache ist in der Tatsache zu suchen, dass viele Arbeiterkategorien an der wachsenden Prosperität keinen Anteil erhalten, während die Spitzer von Staat und Industrie ihr Möglichstes tun, dass die krassen Unterschiede in der wohlhabenden Gesellschaft bestehen bleiben. Profite und Dividenden sind in England in den letzten zwölf Monaten schneller und steiler gestiegen als je zuvor.

In der Tat, die Profite steigen jetzt mehr als viermal so schnell und hoch an wie die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer. Die Entwicklung der ersten fünf Nachkriegsjahre unter einer Labourregierung war auf einen sozialen Ausgleich zwischen Reich und Arm hin verlaufen, seitdem die Tories am Ruder sind, verläuft diese Entwicklung rückläufig. Während im Jahre 1959 Löhne und Gehälter um dreieinhalb Prozent stiegen, schrellten die Gesellschaftsgewinne um zehn Prozent, die verteilten Dividenden um 13 Prozent und die rückgestellten Gewinne um 13 Prozent empor!

Das erklärt, warum die Aktienpreise innerhalb der letzten beiden Jahre um volle zehn Prozent gestiegen sind. Toryprosperität bedeutet - wie es ja auch von ihnen beabsichtigt ist - Prosperität der Aktienseitzer und Finanziere. Wenn Sie krassen Unterschiede dieser Entwicklung kennt, kann verstehen, warum die englischen Arbeiter bald hier, bald dort ungeduldig damit werden, dass der sehr langsame Prozess der offiziellen Lohnverhandlungen ihren Bedürfnissen nicht entspricht. Wilde Streiks sind die Folge.

17. August 1960

CDU-Geschenke ?

1. An der  
Herrn Bundesminister der Finanzen Dr. Franz Eitel, B o n n
2. An der  
Herrn Landesminister für Finanzen Josef Pütz, Düsseldorf
3. An der  
Herrn Chefredakteur der "Union in Deutschland",  
Dr. Heinz Peppenberg, Bundesgeschäftsstelle der CDU, B o n n

Sehr geehrte Herren!

In Nr. 32 der Zeitschrift "Union in Deutschland", die als Hauptartikel auf der ersten Seite einen Beitrag des Herrn Bundesfinanzministers enthält und die auf der letzten Seite die Bestellung des Herrn Landesfinanzministers würdigt, wird auf Seite 6 behauptet, mit den "Methoden der SPD im Kommunalwahlkampf" schmücke sie sich "mit fremden Federn".

Gegenstand des Artikels ist ein Bericht des Gelsenkirchener Oberbürgermeisters Geritzmann über die kommunalpolitische Arbeit seiner Heimatstadt im SPD-Pressedienst. Dabei wird nicht kritisiert, was in der Stadt Gelsenkirchen geleistet wurde, daß dort etwa die Steuermittel falsch oder unzuweckmäßig verwendet wurden, beanstandet wird vielmehr, daß die - offenbar durch richtige und sinnvolle Beschlüsse des Gelsenkirchener Stadtrats gut verwendeten - Zuschüsse des Landes unerwähnt bleiben, das bis auf die Zeit vom Frühjahr 1956 bis zum Sommer 1957 von der CDU regiert wurde. Auf die Regierung Dr. Meyers wird mit Hinweis auf die CDU ausdrücklich Bezug genommen. Da diese Landesmittel also offenbar als CDU-Geschenke angesehen werden, möchte ich anfragen, ob ich als Sozialdemokrat

1. künftig keine Steuern mehr zu zahlen brauche,
2. die seit 1952 mit Ausnahme der vom Frühjahr 1956 bis zum Sommer 1958 gezahlten Steuern zurückerhalten kann?

Über eine positive Antwort würde sich neben 650 000 anderen Sozialdemokraten sehr freuen

Ihr sehr ergebener

gez. W. Jansen

Born-Verusberg, 16.8.1960  
Gustav von Veit-Str. 4

## Rheydt - eine Stadt, die "blüht und schafft"!

Von Erich Labbé

Mitten im niederrheinischen Tiefland liegt die Stadt Rheydt, etwa halbwegs zwischen der Bezirkshauptstadt Düsseldorf und der deutsch-niederländischen Grenze. Etwa 95 000 Einwohner bevölkern diese Stadt, die von sich als "Industriestadt" oder als "Blühendes, schaffendes Rheydt" spricht. Seit Oberbürgermeister Wilhelm Schiffer (SPD) vor drei Jahren eine Bürgervereinigung mit dem gleichen Namen anregte, scheint es, als sei die Stadt zu einem anderen Leben erwacht. Bürgersteigplatten wurden entfernt und Blumenteppiche angelegt, die Obusmasten, Häuserfronten und öffentlichen Plätze wurden mit Blumenanlagen geschmückt und verschönt. Ein niederländischer Journalist gestand sein großes Erstaunen über das veränderte Gesicht der Stadt mit den Worten: "Ich glaubte, in eine Kurstadt zu kommen"! Ein verständnisvoller Rat ließ der Bürgerinitiative einen weiten Spielraum und fast die ganze Stadtbewölkerung ist Mitglied im Bürgerverein.

Wie sah es noch im Jahre 1945 aus? Der Kern der Stadt war zu 97 Prozent zerstört; der Durchschnittsschaden der Gesamtstadt lag bei 60 Prozent und die Stadt hatte weniger als 40 000 Einwohner. Ausgehend vom Wiederaufbau des Stadtkernes bemühte sich die Stadt um eine systematische, theoretische Erforschung und planerische Darstellung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten. Die Währungsreform gab den Startschuß für einen zügigen Wiederaufbau unter Zugrundelegung eines vorbildlichen Leitplanes, dessen Werden den Wiederaufbaugesetz für das Land Nordrhein-Westfalen - Lex Rheydt - wertvollste Impulse gab. Die gründliche Vorarbeit vorausschauender Stadtväter ließ so einen Stadtkern entstehen, der mit breit angelegten Straßen und moderner Wohn- und Geschäftshäusern der Stadt ein völlig neues Gesicht gab.

Diese erstaunlichen Wiederaufbauleistungen sind durch die charakteristischen Eigenschaften einer Bevölkerung bedingt, die bei aller Lebensfreude mit außerordentlichem Fleiß und zielstrebigen Unternehmungsgeist ihrer Arbeit nachgeht. Der schnelle Wiederaufbau und die Ausdehnung einer leistungsfähiger Industrie mit Weltfirmen der Elektromotoren-, Werkzeugmaschinen- und Kabelherstellung und einer recht gemischten Mittelindustrie



war nicht nur Garant eines ausgeglichenen Haushalts, sondern auch für eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Mehr als 10 000 Arbeitskräfte aus der Umgebung sind hier tätig bei nur 3 000 außerhalb der Stadt beschäftigten Bürgern. In der Statistik des Industrieumsatzes pro Kopf der Bevölkerung führte die Stadt Rheydt zeitweise und hält sich seit Jahren unter den ersten 10 Städten.

Ein sehr eigenständiges kulturelles Leben findet seinen Ausdruck in einem eigenen Theaterensemble, das in der Stadthalle seine Heimat hat, in einem regen Konzert- und Vortragsleben, Promenadenkonzerten und Kunstausstellungen im Rheydter Schloß, das von Kennern als "Perle der Renaissance" an Niederrhein bezeichnet wird. Hier finden seit 1951 alljährlich die "Sommerspiele im Schloß Rheydt" statt.

Mehrere Schulen wurden neugebaut, andere erweitert und modernisiert. Als schulfreudige Stadt unterhält die Stadt Rheydt allein drei höhere Schulen und eine Mittelschule und pflegt intensiv die Volksschulen. Weiter beherbergt sie die Staatliche Handels- und Gewerbeschule für Mädchen und höhere Fachschulen und ist an der Textilingenieurschule - mehr als 1 000 Besucher - beteiligt. Ein modern ausgerichteter Berufsschulkomplex rundet das Bild ab.

Erst im vergangenen Monat weihte der Rheydter Oberbürgermeister das neue "Grenzlandstadion" ein, das 60 000 Besucher faßt und die modernste Sportstätte des Niederrheins ist. Viele zum Teil nach dem Kriege hergerichtete Stadien und Turnhallen bieten ausgiebig Raum zu sportlicher Betätigung.

In Zuge der Modernisierung der Stadt wurde das veraltete Straßenbahnnetz entfernt und durch moderne Obusse ersetzt.

Auf allen Lebensgebieten strebt die Stadt mit Aufgeschlossenheit nach einer Verbesserung ihrer Gesamtverhältnisse. Hierzu sagt Oberbürgermeister Wilhelm Schiffer: "Die Stadt Rheydt hat sich durch die großzügige Planung der innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen und der Durchgangs- und Ausfallstraßen, gekoppelt mit einer großzügigen Pflege und Neuanlage von "grünen Lungen" - ich weise nur auf den Schmölderpark hin - als Industriestadt den Ruf erworben, eine der fortschrittlichsten und wohnlichsten Städte des Landes zu sein! Beim großen Blumenfest mit der herrlichen Blumenkorso im kommenden September werden wieder fast 300 000 Besucher dies feststellen!" + + +